

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich wende mich an Sie, da mich die Ereignisse vom 13.03.21 in Dresden, sowie die offizielle Berichterstattung Dieser, als auch die vorschnelle, ungeprüfte und unbedachte Empörung zwei Ihrer Kabinettsmitglieder zutiefst verstören.

Ich möchte die Geschehnisse dieses Nachmittages aus Sicht eines Teilnehmers schildern, ich war einer von ihnen. Dabei spielen meine Beweggründe keine Rolle, sollte es diesbezüglich Fragen Ihrerseits geben, so lade ich Sie gern zu einem späteren Zeitpunkt auf ein Gespräch hierzu ein.

Für den 13.03.2021, beginnend ab 13:00 Uhr, wurde eine Demonstration unter dem Motto „Ein Jahr Lockdown-Politik“ mit einer Teilnehmerzahl von 3.000 Menschen beantragt, welche letztendlich in der Nacht von Freitag zum Samstag durch das Oberverwaltungsgericht Bautzen untersagt wurde. Auf diesem Fakt fußt sämtliche Darstellung der anerkannten Medien und auch die Empörung Ihrer beiden Kabinettsmitglieder, namentlich Frau Kipping und Herrn Dulig.

Es ist aber auch richtig, und das wird in der offiziellen Berichterstattung unterschlagen, dass die Bürgerinitiative „Heidenauer Wellenlänge“ für denselben Zeitpunkt ebenfalls eine „Corona-Maßnahmen-kritische“ Kundgebung angemeldet hat, welche mit einer Anzahl von 150 Teilnehmern genehmigt wurde.

Zahlreiche Maßnahmen-Kritiker nutzten diese Möglichkeit, um sich dennoch versammeln zu können, weit mehr als die genehmigten 150 Menschen, wo sich meine erste Frage an Sie ergibt:

- 1. Die ungleich höhere Präsenz von 1.800 Polizeibeamten (zu Wasser, zu Land, zu Pferd und zur Luft) lies es zu, dass sämtliche Zuströme zum Ort der Kundgebungsstelle kontrolliert werden konnten, die Einsatzkräfte wiesen freundlich, aber bestimmt und energisch den Weg. Warum wies man Menschen über die genehmigte Anzahl von 150 nicht weiträumig ab?**

Das Kundgebungsgelände war durch eine geschlossene Umzäunung abgegrenzt, die einer Fläche für 150 Teilnehmer Platz bot. Es war recht früh zu erkennen, dass dieser Bereich nicht im Ansatz für die Anzahl erschienener Bürger genügte – letztlich dürften es ca. 1.000 – 2.000 Menschen gewesen sein, die sich locker verteilt auf dem Platz gegenüber des Kongresszentrums und gegenüber des Maritim-Hotels eingefunden hatten – ich möchte es noch einmal betonen: Mit freundlich-bestimmter Wegweisung der Einsatzkräfte.

Gegen 13:00 Uhr forderte die Polizei die Versammlungsteilnehmer auf, sich umgehend im genehmigten, abgegrenzten Bereich einzufinden, andernfalls würde der Einsatz polizeilicher Zwangsmittel erfolgen, wonach ich meine zweite Frage an Sie richte:

- 2. Wie sollen geschätzte 1.000 – 2.000 Menschen ernsthaft auf einer Fläche Platz finden, die für eine Teilnehmerzahl von 150 vorgesehen ist und vor Allem: Kann dies eine ernstgemeinte Forderung der Einsatzleitung gewesen sein (Andernfalls lässt es eine bewusste Provokation vermuten)?**

Um die Unmöglichkeit dessen wissend, kam dieser Forderung selbstverständlich niemand nach. Ich für meinen Teil habe in meinem Ausbilderlehrgang gelernt, erreichbare Teilziele zu definieren, damit ich mein Gegenüber nicht verliere – Wie ungleich psychologisch fundierter ist die Ausbildung der verantwortlichen Beamten? Hier möchte ich Ihnen meine nächste und dritte Frage stellen:

- 3. Um auf die nun entstandene Situation (ca. 10-fache Teilnehmerzahl) angemessen zu reagieren, hätte man eine Ausweichfläche definieren können/müssen, die mit den freien Flächen gegenüber des Kongresszentrums ausreichend zur Verfügung standen. Dies hätte die nun entstandene, unvermeidbare Situation sofort entschärft. Warum wurde dies seitens der Einsatzleitung nicht getan?**

Stattdessen eskalierten, und man muss es so sagen, die Einsatzkräfte die Situation weiter, indem sie unablässig auf ihrer Forderung beharrten. Das martialische Auftreten der Beamten - und damit meine ich das blanke Erscheinungsbild in Drohkulisse und schierer Menge, verbunden mit der Unerfüllbarkeit der Forderung lies natürlich die Stimmung im Lager der Demonstranten aggressiver werden – aber keinesfalls gewalttätig. Es waren die Beamten, die die Versammlungsteilnehmer zurückdrängten, ihre angekündigten, polizeilichen Zwangsmaßnahmen durchsetzten, wobei es zu ersten Gemengen kam, die Versammlung sich in Bewegung setzte.

- 4. Warum herrschte ein derart großes Maß an Verwunderung darüber, dass sich eine Menschenmenge, welche zurückgedrängt wurde, ein Ventil sucht und dieses im Erreichen der Könneritzstraße fand?**

Die Menschenmenge strömte zur und anschließend auf der Könneritzstraße in Richtung Hauptbahnhof, wurde aber umgehend in Höhe Friedrichstraße durch die Beamten aufgehalten. Die Teilnehmer des Zuges kehrten um und fanden den einzigen Fluchtweg darin, sich linker Hand in Richtung Magdeburger Straße zu begeben, da auch der Rückweg durch die Einsatzkräfte versperrt war.

Dass die Beamten anschließend, kurz nach Erreichen der Magdeburger Straße/Höhe Ballsport - Arena, die Versammlungsteilnehmer eingekesselt hatten, ist hinlänglich bekannt. Meine fünfte Frage an Sie lautet:

- 5. Die Einsatzkräfte haben die Menschen förmlich auf die Magdeburger Straße dirigiert. Warum wird in der öffentlichen Darstellung und offiziellen Berichterstattung der Eindruck erweckt, dass von den Versammlungsteilnehmern zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gefahr für das in der Nähe befindliche Impfzentrum ausging, da sich der Zug ohne das Eingreifen der Polizei in Richtung Hauptbahnhof bewegt hätte?**

Dass Beamte beim Versuch der Demonstrationsteilnehmer, sich einen Weg in die Freiheit zu bahnen, gestürzt sind, das ist wahr, mindestens ebenso vielen Demonstranten widerfuhr dasselbe Schicksal – dass aber aktiv Gewalt gegenüber der anderen Seite ausgeübt wurde, das habe ich – und unzählige Videosequenzen zeugen hiervon ebenso – nur durch die Polizeibeamten gesehen. Dabei möchte ich nicht ausschließen, dass es auch einen verschwindend geringen Anteil an gewaltbereiten Demonstrationsteilnehmern gab. Aber, und das ist meine sechste Frage:

- 6. Warum wird die Menschenmenge nachträglich pauschal als gewalttätiger Mob dargestellt?**

Es waren Rentner unter uns, Pastoren, Mütter, Väter, Studenten, Anwälte, Maler, Schlosser, Selbständige, Krankenschwestern – und es waren normale Menschen, es waren sicherlich auch wütende Menschen, aber ganz sicher keine gewalttätigen Menschen.

Es waren vor Allem Menschen, die den Mut hatten, Ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen und auch Sie, Herr Kretschmer, sind sich sicherlich dessen bewusst, dass die Anzahl der Menschen, die diese Meinung teilen, aber eben aus den unterschiedlichsten Gründen keinen offenen Protest ausüben, ungleich höher ist. Hier schließen sich meine letzten beiden Fragen an Sie an:

- 7. Mit welchem Recht erdreisten sich Mitglieder Ihres Kabinetts, Bürger mit sicherlich streitbaren Meinungen und Ansichten als Extremisten, vorrangig rechter Gesinnung, und gerade hinsichtlich meiner vorangegangenen Ausführungen als Gewalttäter darzustellen, sowie den Vollbesitz der geistigen Kräfte abzuspochen? Wie schätzen Sie zudem die Wirkung dieser Äußerungen auf die schweigende Menge (ich spreche nicht von Mehrheit) ein? Warum äußern sie sich ohne tiefere Prüfung derart leichtfertig, ohne eingehende Prüfung via sozialer Medien?**
- 8. Wie kann eine Einsatzleitung derart dilettantisch vorgehen, zu den bereits angeführten Punkten hinzu, eine eingekesselte Menschenmenge über Stunden festzuhalten und nur unter Identitätsfeststellung und unter Ankündigung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens wieder in die Freiheit zu entlassen – rechtschaffene Rentner, Pastoren, Mütter, Väter, Studenten, Anwälte, Maler, Schlosser, Selbständige und Krankenschwestern.**

Ich sehe Ihren Antworten auf meine Fragen entgegen.

Ich möchte Sie auch darüber informieren, dass dieser Brief die Öffentlichkeit erreichen wird.

Abschließend zu meiner Person:

Ich bin 41 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier Kinder, Geschäftsführer eines mittelständigen Unternehmens, kein Corona-Leugner.

Ich war vom 18. bis meinem 35. Lebensjahr Mitglied der Christlich Demokratischen Union, in dieser Zeit Vorsitzender eines Ortsverbandes, seitdem parteilos. Bewahren Sie mich davor, mich dafür zu schämen, dieser Partei jemals angehört zu haben.

Michael Knobloch-Wenke